



CDU/CSU fordert Impulse für Wirtschaftswachstum

Sichere Schlüsseltechnologien fördern, mehr Produktivität, weniger Bürokratie

Die CDU/CSU-Fraktion will die Produktivität und den Finanzplatz Deutschlands deutlich stärken. Unsere Wirtschaft stehe an einem Scheideweg, heißt es in dem Antrag der Unionsfraktion „Stillstand überwinden – Nachhaltiges Wachstum stärken“. Lange Zeit war Deutschland Europas Wachstumsmotor, jetzt droht eine „Stagflation“. Wachstumsschwäche und Inflation könnten dem Wirtschaftsstandort schwer zu schaffen machen.

„Deutschland braucht jetzt starke Impulse für mehr Wachstum: mehr Flexibilität für die moderne Arbeitswelt, Fachkräfteoffensive, wettbewerbsfähige Steuern und Abgaben, Belastungsmoratorium, weniger Bürokratie und Beschleunigungen, Digitalisierung, weitere Freihandelsabkommen und Rohstoffpartnerschaften – darauf kommt es jetzt an!“, betont Julia Klöckner, wirtschaftspolitische Sprecherin der Union.

Forschungsinstitute prognostizieren aktuell nur noch

ein Potenzialwachstum von 0,7 Prozent – bis 2021 lag es durchschnittlich bei 1,3 Prozent. Das bedeutet in Folge: Wohlstands- und Jobverluste drohen, die massiv die öffentlichen Haushalte und sozialen Sicherungssysteme belasten würden.

Die CDU/CSU unterstreicht in ihrem Antrag, wie wichtig es ist, gerade jetzt die Produktivität zu stärken. Investitionen in Bildung, Forschung und Innovationen müssten Priorität haben, gerade „Schlüssel-technologien“ bräuchten eine starke Förderung, damit „Wertschöpfung und hochwertige Arbeitsplätze entstehen können.“

Stattdessen „stellt die aktuelle Regierung ökologische Interessen und Ziele über alles“. Es brauche aber eine wirtschaftspolitische Wende, um Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen, technologische Zukunftsfelder an die Weltspitze zu führen und der Investitionszurückhaltung deutscher Firmen entgegen-

Seite 2



E-Truck beim CDU-Zukunftskongress

Am Rande des CDU-Zukunftskongresses in Berlin hat sich Josef Rief mit dem zum Kongress angereisten Hochdorfer CDU-Vorsitzenden Thomas Dobler den rein elektrisch betriebenen LKW des innovativen österreichischen Unternehmens Volta Trucks angeschaut.

Als Vorsitzender der Deutsch-Österreichischen Parlamentariergruppe im Bundestag freut sich Rief über den Besuch aus dem Nachbarland. ■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



genzusteuern.

Auch für Arbeitnehmer fordert die CDU/CSU-Fraktion Anreize: Eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung „müsse attraktiver bleiben als der Bezug von Sozialleistungen“. Auch die Rahmenbedingungen sind elementar wichtig: Sei es Unterstützung bei der Kinderbetreuung oder bei der Pflege von Angehörigen – nur so verringern sich Teilzeitbeschäftigung und lange Erwerbsunterbrechungen. Ein wichtiger Aspekt für die CDU/CSU-Fraktion ist auch die Fachkräfteförderung – in Verbindung mit dem Abbau von Bürokratie, beispielsweise bei der Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen. Auch ältere Beschäftigte könnten durch attraktivere Bedingungen länger im Arbeitsleben gehalten werden.

Eine Notbremse fordert die Union dagegen für die Bürokratie, wie zum Beispiel bei Existenzgründungen, deren Anzahl seit Jahren stark rückläufig ist. „So viel wie nötig, so wenig wie möglich“ sollte künftig in Regulierungsfragen gelten.

Wichtig für einen starken Wirtschaftsstandort ist auch eine starke Finanzwirtschaft. „Deshalb gilt es jetzt, den Finanzplatz Deutschland zu stärken“, fordert Dr. Klaus Wiener, der zuständige Berichterstatter in der AG Wirtschaft. Der Regulierungsrahmen, der in den letzten Jahren massiv erweitert wurde, soll nicht weiter ausgebaut und die Finanzwirtschaft in die Lage versetzt werden, den klimaneutralen Umbau der Gesellschaft zu begleiten“, ■

Wachsende Wolfsbestände: CDU/CSU fordert effektives Bestandsmanagement inklusive Bejagung

In vielen Gegenden Deutschlands kommen Wölfe den menschlichen Siedlungen immer näher. Mit ungebremst wachsenden Wolfsbeständen nehmen die Konflikte und Schadensfälle zu. Menschen fühlen sich unsicher. Weidetierhalter sind in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Die CDU/CSU-Fraktion will diesen Zustand nicht länger hinnehmen. In einem Bundestagsantrag fordert sie daher ein effektives Wolfsmanagement, zu dem auch die Bejagung der Wölfe gehört.

Daher müsse es „rechtlich einfacher als bisher möglich sein, Wölfe auch aktiv bejagen zu können“, betont Bilger. Auch Weisgerber sagt: „Es hilft nur die Jagd zur Dezimierung der Bestände.“ Schon lange ist der Wolf in Deutschland nicht mehr vom Aussterben bedroht. Stegemann fordert die Bundesregierung auf, „endlich den günstigen Erhaltungszustand des Wolfes in Deutschland festzustellen“. Die zuständigen Minister – Cem Özdemir für die Landwirtschaft und Steffi Lemke für die Umwelt – müssten endlich handeln.

Anfang des Jahrhunderts kehrte der Wolf nach Deutschland zurück und breitet sich seither immer mehr aus. Aktuell geht man davon aus, dass der Bestand bis zu 2.700 Wölfen umfasst – was allmählich zum großen Problem wird. So töteten Wölfe allein im Jahr 2020 rund 4.000 Weidetiere, überwiegend Schafe, aber auch Rinder und Pferde.

Anja Weisgerber bringt das Beispiel Schweden ins Spiel, wo Wölfe bereits bejagt werden können – im Rahmen eines Wolfsmanagements, das zu einer angemessenen Reduzierung der Bestände führt. Entsprechende rechtliche Spielräume für EU-Mitgliedstaaten hat die EU-Kommission bereits eingeräumt. In einem Schreiben an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kritisieren Bilger und Stegemann, dass die Bundesregierung diese Freiräume ignoriere. Mehr noch: Die Ampel behindere auch die Bundesländer, Pläne zum Bestandsmanagement auszuarbeiten. „Daher sollte die EU-Kommission umgehend aktiv werden und die Herabstufung des Schutzstatus des Wolfes in Angriff nehmen.“, heißt es in dem Schreiben.

„Es muss endlich Schluss sein mit der romantisierenden Verklärung der Wiederansiedlung des Wolfes“, fordert Anja Weisgerber, die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion. Der agrarpolitische Sprecher Albert Stegemann warnt vor zu viel „Natur-Romantik“.

Insbesondere auf Deichen oder Almen hätten Wölfe nichts zu suchen, denn dort könnten die Weidetiere nicht geschützt werden, warnt Fraktionsvize Steffen Bilger. „Das Leid von Kühen und Schafen darf uns nicht egal sein.“ Auch ökologische Gründe führt er an: Ohne Schafe gibt es keinen wirksamen Deichschutz. Ohne Almwirtschaft gebe es weniger Artenvielfalt und weniger Erosionsschutz.

In ihrem Antrag stellt die Union eine Reihe von Forderungen auf – neben der Aufnahme von Wölfen in den Katalog der bejagbaren Arten ein effektives Bestandsmanagement und die Definition von wolfsfreien Zonen. Darüber hinaus sollen Nutztierhalter und andere Tierbesitzer bei Wolfsrissen leichter entschädigt werden können, und zwar für sämtliche Kosten, die ihnen entstehen. ■